



Antrag

der Abgeordneten **Diana Stachowitz, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann SPD**

Berichtsantrag im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen zum ESF-Fonds

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen zu berichten

- wie die Verwaltungsvereinfachung zur Ausreichung der ESF-Mittel nach den Vorgaben aus Brüssel für die Förderperiode 2014 bis 2020 geplant ist,
- welche Änderungen in der Geschäftsordnung des Begleitausschusses zur Durchführung des operationellen Programms „Zukunft in Bayern – Europäischer Sozialfonds – Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung Bayern“ für die Förderperiode 2014 bis 2020 vorgenommen werden und
- welche Veränderungen in der Bearbeitung der ESF-Anträge das Staatsministerium aufgrund der Erfahrungen der letzten Förderperiode vornehmen wird.

Begründung:

In der neuen Förderperiode hat die Kommission den Rahmen für eine Verwaltungsvereinfachung gesteckt, damit die bereitgestellten Mittel möglichst voll ausgeschöpft werden können.

Die Mitgliedstaaten sind angehalten, die Möglichkeiten und die Flexibilität des neuen Rahmens voll auszuschöpfen und die beste Wahl für ihre konkrete Situation zu treffen. Die Kommission unterstützt die Mitgliedstaaten und Regionen in ihren Bemühungen, bewährte Verfahren anzuwenden und keine zusätzlichen nationalen oder regionalen Auflagen oder Richtlinien hinzuzufügen, wenn es nicht notwendig ist.

Eine Verringerung des Verwaltungsaufwands für Leistungsempfänger ist das Hauptziel der Kommissionsvorschläge. Dem sollte auch auf Landesebene im Interesse der potenziellen Empfänger von europäischen Fördergeldern Rechnung getragen werden.